

17.06.2016 03:00 | Uwe Grünheid

Koalitionsvertrag beschlossen**Mörfelden-Walldorf**

Nach der FDP und den Freien Wählern hat nun auch die SPD mehrheitlich dem Koalitionsvertrag zugestimmt. Wesentliche Inhalte sind die Förderung der Schulen und des Wohnungsbaus. Der Koalitionsvertrag zwischen SPD, Freien Wählern (FW) und FDP ist unter Dach und Fach. Nur die Tinte auf dem Papier fehlt noch, die dieses Bündnis besiegelt. Nachdem FW und FDP bereits hinter verschlossenen Türen über diesen Vertrag beraten hatten und ihm in beiden Fällen einstimmig zugestimmt hatten, wie FW-Fraktionsvorsitzender Burkhard Ziegler und FDP-Fraktionssprecher Karsten Röcken erklärten, erteilte nun auch die SPD während einer außerordentlichen Mitgliederversammlung dem Koalitionsvertrag mit großer Mehrheit ihren Segen.

Das Ziel ist der Weg

Sabine Bishop-Klaus, stellvertretende Fraktionsvorsitzende, berichtete zunächst über die Koalitionsverhandlungen und erläuterte den zwölfseitigen Koalitionsvertrag, in dem aus Gründen der Übersichtlichkeit auf Fließtext verzichtet worden sei. Vielmehr seien in dem Vertragswerk Ziele formuliert worden, aber der Weg dorthin sei offen gelassen worden. Dies sei eine Lehre aus dem Koalitionsvertrag mit den Grünen gewesen, in dem zwar alles bis ins Kleinste ausformuliert war, dann aber jeweils neu ausdiskutiert wurde. Von Wohnungsbau und Ehrenamt über Wirtschaft und Finanzen bis hin zu Integration und Umwelt arbeitete sie sich in kurzen Worten durch den Vertrag. Der Flughafen sei ein schwieriges Thema, sagte sie, aber die SPD wolle nicht mehr so viel Energie in Dinge stecken, die längst entschieden seien. Eine Kehrtwende beim Thema Flughafen, wie sie der SPD zuvor mehrfach vorgeworfen wurde, sieht Bishop-Klaus nicht.

Bürgermeister Heinz-Peter Becker (SPD) sagte, dieser Vertrag sei eine gute Grundlage, um die Stadt positiv weiterzuentwickeln. Konkret ging er dabei auf die Planungen für die Waldenser-, die Wilhelm-Arnoul- und die Bürgermeister-Klingler-Schule ein, in die ein zweistelliger Millionenbetrag fließen werde. Besonders ging er auf den Wohnungsbau in der Doppelstadt ein. Er wies darauf hin, dass der Bebauungsplan für einen großen Teil Walldorfs überarbeitet werde, um festzustellen, wo Anbauten, Aufstockungen oder eine Zweitbebauung möglich seien, wobei das Grün in dem Stadtteil erhalten bleiben solle. Es werde bis 2030 weiteren Zuzug nach Mörfelden-Walldorf geben, und den gelte es konstruktiv zu gestalten. „Sonst wird am Ende nur noch der Geldbeutel entscheiden, wer hier eine Wohnung hat.“ Eine für den Wohnungsbau geeignete Fläche von 3,5 Hektar gebe es nur noch „An den Eichen“. Die Freiflächen zwischen den Stadtteilen sollen nicht zugebaut werden, so Becker.

Zur Bebauung des Festplatzes in Mörfelden erklärte er, dass es sich hierbei um einen Prüfauftrag handle. Außerdem kündigte er Gespräche mit der von diesem Bauvorhaben betroffenen Sport- und Kulturvereinigung (SKV) Mörfelden an, deren Sportanlage direkt neben dem Festplatz liegt. Vor der Beschlussfassung werde es noch eine Mitgliederversammlung zu diesem Thema geben. SPD-Vorsitzender Werner Schmidt ergänzte, dass es keinen Beschluss geben werde, welcher der SKV schade. „Die SKV soll in ihrer Entwicklung nicht benachteiligt werden.“

Auch kritische Töne

Das sah Sozialdemokrat Erwin Geiß ganz anders. Für ihn sei die Bebauung des Festplatzes ein Beleg dafür, dass die Walldorfer Vereine die Mörfelder schwächen wollen. In seinem recht emotionalen Redebeitrag erklärte er, dass er als Bürger und Vereinsmann dem Koalitionsvertrag nicht zustimmen werde. Ein anderer Genosse führte aus, dass er gegen eine weitere Wohnbebauung sei, und wies auf die starken Regenfälle der zurückliegenden Tage hin. Er befürchtete, dass das Kanalsystem der Stadt diesen Wassermengen nicht gewachsen sei.

Andere Redner versuchten der Erregung entgegenzuwirken, indem sie forderten, den einstigen Zwist zwischen den beiden Stadtteilen ruhen zu lassen. Mit geradezu beschwörenden Appellen plädierten sowohl Steffen Uberschär als auch Bodo Walter Tron, beide stellvertretende Vorsitzende, für die Annahme des Koalitionsvertrages. Er spiegele sozialdemokratische Inhalte wieder, so Tron, und eine Zustimmung dürfe nicht vom Festplatz abhängig gemacht werden. Dennoch gab es am Ende eine Gegenstimme und fünf Enthaltungen.